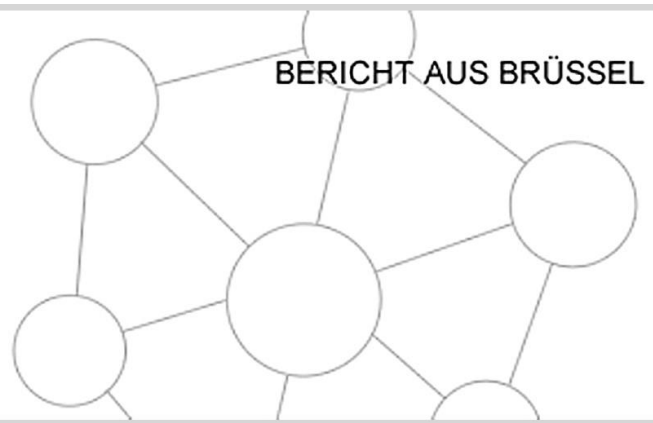




BUNDES
ARCHITEKTEN
KAMMER



Ausgabe 6/2014 vom 19. Dezember 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe erhalten Sie unseren letzten Bericht aus Brüssel in diesem Jahr.

Für die Geschäftsstelle Brüssel war vor allem die BAK-Vorstandssitzung im November in Brüssel mit Diskussionen im Europäischen Parlament und Gästen der Europäischen Kommission ein Höhepunkt.

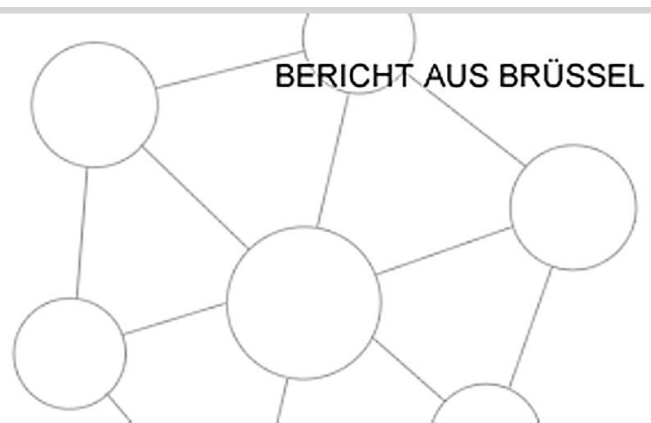
Es wurde ein weiter Fächer an EU-Aktivitäten, die Themen wie Vergabe, Berufsanerkennung und Kultur umfassten, ausgebreitet. Damit wurden viele Ideen und Anregungen für die anstehenden Umsetzungsarbeiten von EU-Richtlinien gegeben.

Dies zeigte auch, wie wichtig und gleichzeitig komplex die europäischen Themen sind und wie wesentlich daher die Präsenz in Brüssel und der direkte Dialog mit den Brüsseler Stellen ist.

Wir berichten dazu ausführlich unter Ziffer 5 dieser Ausgabe.

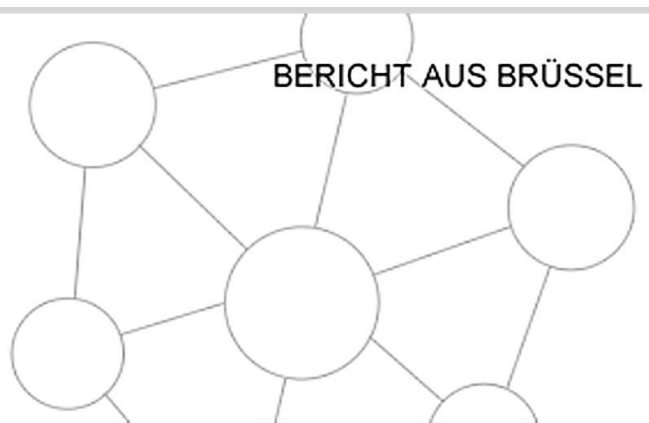
Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern erholsame Weihnachtsfeiertage und ein glückliches Jahr 2015!

Ihre Kolleginnen der Brüsseler Geschäftsstelle



INHALT

1	Institutionelles	3
1.1	EU-Kommission legt Amtseid ab	3
1.2	Einigung über EU-Haushalt 2015	3
1.3	Lettische Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2015: Schwerpunkte	3
2	Binnenmarkt und Recht	4
2.1	Transparenzinitiative: Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs, Art. 59 Berufsanerkennungsrichtlinie	4
2.2	EU-Kulturministerrat "Arbeitsprogramm Kultur 2015-2018"	4
2.3	Mehr Transparenz bei der Arbeit der neuen Kommission	5
3	Wirtschaft	5
3.1	EU-Initiative für mehr Investitionen	5
3.2	Mehr Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen	6
3.3	Nutzung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds	6
3.4	Weltnormungstag 2014	6
4	Umwelt, Energie, Raumordnung	7
4.1	Ausschreibungen zum Thema Energieeffizienz	7
4.2	Konsultation zur Bauprodukte-Verordnung (EU) Nr 305/2011 (CPR)	7
4.3	EP Urban Intergroup für neue Legislaturperiode bestätigt	7
5	In eigener Sache	8
5.1	BAK-Vorstandssitzung in Brüssel: Gespräche mit EP und Kommission	8
5.2	BAK-Geschäftsstelle Brüssel - Aktuelles	8
6	Impressum	9



1 INSTITUTIONELLES

1.1 EU-KOMMISSION LEGT AMTSEID AB

Die neue EU-Kommission hat am 10. Dezember 2014 vor dem Europäischen Gerichtshof ihren Amtseid abgelegt. Der Eid beinhaltet das Versprechen durch den Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker und die Kommissare, die Verträge zur EU und zur Arbeitsweise der EU, ebenso wie die Grundrechtecharta der EU zu respektieren. Die Zeremonie wurde 1957 eingeführt.

Siehe im Einzelnen [hier](#).

1.2 EINIGUNG ÜBER EU-HAUSHALT 2015

Nach langen Diskussionen haben sich Rat und Europäisches Parlament (EP) auf einen Kompromiss zum EU-Haushalt 2015 und zum Nachtragshaushalt 2014 geeinigt. Grundlage für die Einigung war ein neuer Budgetentwurf, den die EU-Kommission vorgelegt hatte.

Im Vergleich zum EU-Haushalt 2014 steigen die Mittel für Zahlungen nun um 4,2 Prozent auf 141,2 Mrd. Euro und die Mittel für Verpflichtungen um 1,9 Prozent auf 145,3 Mrd. Euro an. Der EU-Haushalt für 2015 umfasst Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 145,32 Mrd. Euro und Zahlungsermächtigungen in Höhe von 141,21 Mrd. Euro. Schwerpunkte liegen auf Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze, KMU, Innovation und Jugend.

Auch beim zweiten Diskussionspunkt zwischen den Institutionen, dem Nachtragshaushalt für 2014, wurde eine Einigung erzielt. Rat und EP einigten sich auf einen Betrag von 3,5 Mrd. Euro für die Begleichung unbezahlter Rechnungen, die überwiegend aus dem Budget für unvorhergesehene Ausgaben kommen sollen. Die EU-Kommission ist aufgefordert, bis 2016 einen Plan zum Abbau der in den vergangenen Jahren aufgelaufenen unbezahlten Rechnungen in Höhe von insgesamt 23,4 Mrd. Euro vorzulegen.

Ohne die getroffene Einigung hätte die EU im kommenden Jahr mit monatlichen Notbudgets arbeiten müssen. Nun ist ein Signal für eine solide Haushaltsführung gegeben. Gleichzeitig wird durch den Zuwachs an Mitteln für den Bereich »Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Jobs« von 11,44 Mrd. auf 15,79 Mrd. Euro gegenüber 2014 (+38 Prozent) ein Signal für die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gegeben.

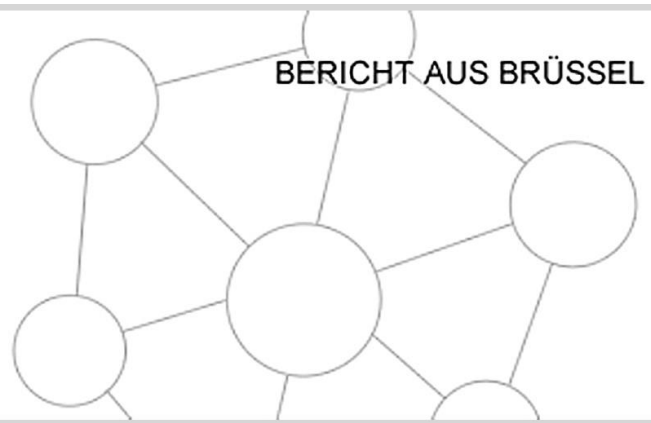
Siehe hierzu die Mitteilung der EU-KOM [hier](#).

1.3 LETTISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT IM 1. HALBJAHR 2015: SCHWERPUNKTE

Lettland übernimmt am 1. Januar 2015 turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die digitale Agenda und die Stärkung der Rolle der Union im globalen Umfeld. Vor dem Hintergrund der Ukraine-



BUNDES
ARCHITEKTEN
KAMMER



Krise geht es um eine Neuausrichtung der europäischen Nachbarschaftspolitik, die beim vorgesehenen Gipfel zur Östlichen Partnerschaft im Mai 2015 in Riga diskutiert werden soll. Des Weiteren steht die Verwirklichung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission im Mittelpunkt der Aktivitäten. Hierzu zählen die Umsetzung des angekündigten Investitionsprogramms von 315 Mrd. Euro (vgl. Ziff. 3.1 des BaB), die Haushaltskonsolidierung und die Strukturreformen in der EU.

Weitere Informationen zu der lettischen Präsidentschaft (in englischer Sprache) finden Sie [hier](#).

2 BINNENMARKT UND RECHT

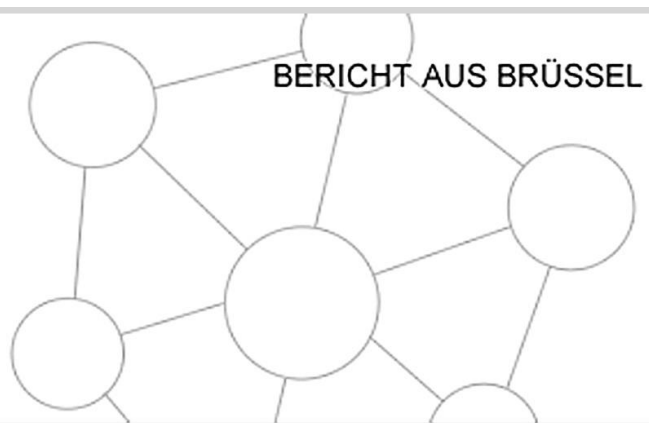
2.1 TRANSPARENZINITIATIVE: BEWERTUNG DER NATIONALEN REGLEMENTIERUNGEN DES BERUFSZUGANGS, ART. 59 BERUFSANERKENNUNGSRICHTLINIE

Nachdem im September die mündliche Evaluationsrunde zum Berufsstand der Architekten in verschiedenen Ländergruppen stattgefunden hat, hat die Europäische Kommission erneut bei der Generalversammlung des ACE im November betont, Ziel der Initiative sei es, die Bedeutung und Rechtfertigung der Regelungen unter den Bedingungen des heutigen Marktes zu überprüfen. Es sei nicht angestrebt, mit allen Mitteln zu deregulieren, sondern die vorhandenen Regulierungen zu verbessern, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Ziel sei es, sicherzustellen, dass Zugangsvoraussetzungen nicht unverhältnismäßig seien. Zurzeit ist die Kommission dabei, ihre zusammenfassenden Berichte zu den untersuchten Berufsständen zu korrigieren und die Kommentare der Mitgliedstaaten darin aufzunehmen. Dies soll im Januar 2015 abgeschlossen werden. Im Anschluss sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, bis April 2015 nationale Aktionspläne vorzulegen. Dies betrifft auch den Berufsstand der Architekten.

2.2 EU-KULTURMINISTERRAT "ARBEITSPROGRAMM KULTUR 2015-2018"

Am 25. November verabschiedete der EU-Kulturministerrat Schlussfolgerungen für ein neues "Arbeitsprogramm Kultur 2015-2018". Dieses legt für die kommenden vier Jahre die politischen Prioritäten im Kulturbereich auf EU-Ebene fest. Insgesamt sieht das Programm vier prioritäre Arbeitsbereiche vor: die Förderung des Zugangs zu Kultur, des Kulturerbes, der Kreativwirtschaft und Innovation sowie der kulturellen Vielfalt. Letztere umfasst auch die Rolle von Kultur in den EU-Außenbeziehungen. Zudem gibt es zwei bereichsübergreifende Themen: der digitale Wandel und die Erstellung von (Kultur)Statistiken. Alle Themen orientieren sich an der Europa 2020-Strategie.

Weiteres können Sie [hier](#) nachlesen.



2.3 MEHR TRANSPARENZ BEI DER ARBEIT DER NEUEN KOMMISSION

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat angekündigt, mehr Transparenz bei der Arbeit der Kommission herzustellen. Ab dem 1. Dezember 2014 sollen alle Kontakte der Kommissare, ihrer Kabinettsmitarbeiter und der Generaldirektoren mit Interessenvertretern und Lobbyisten auf ihrer Webseite veröffentlicht werden. So soll zukünftig die Öffentlichkeit darüber informiert werden, mit wem sich die Politiker und höheren Beamten treffen. Ferner soll eine interinstitutionelle Vereinbarung zur Schaffung eines verbindlichen Transparenzregisters erreicht werden, das für alle drei EU-Organe gelten soll. Auch die Dokumente im Zusammenhang mit den laufenden TTIP Verhandlungen sollen zugänglich gemacht werden (siehe Ziff 3.3 des BaB).

Siehe hierzu die Presseerklärung der EU-KOM [hier](#).

3 WIRTSCHAFT

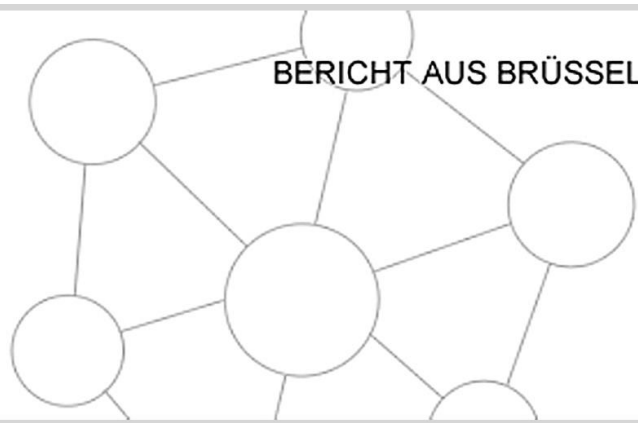
3.1 EU-INITIATIVE FÜR MEHR INVESTITIONEN

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am 26. November 2014 seine angekündigte Investitionsinitiative vorgestellt. Danach sollen in den kommenden drei Jahren mindestens 315 Mrd. Euro an zusätzlichem öffentlichem und privatem Kapital in Infrastruktur, Bildung und Forschung investiert werden. Mit dem Investitionsplan soll die Wettbewerbsfähigkeit der EU angekurbelt werden. Zunächst muss der Europäische Rat vom 18. - 19. Dezember 2014 dem Investitionsplan zustimmen.

Der Plan sieht vor, dass ein Europäischer Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) in Höhe von 21 Mrd. Euro eingerichtet wird. Hierfür sollen 16 Milliarden als Garantie aus bereits vorhandenen EU-Haushaltsmitteln kommen, die restlichen fünf Milliarden steuert die Europäische Investitionsbank (EIB) bei. Die Mitgliedstaaten können sich direkt oder über ihre jeweiligen Förderbanken freiwillig am Fonds beteiligen. In diesem Fall sollen die nationalen Beiträge bei Bewertung der Staatsfinanzen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts positiv berücksichtigt werden. Der EFSI soll bis Mitte 2015 einsatzbereit sein.

Gleichzeitig soll der EFSI Bürgschaften übernehmen, einen Teil des Verlustrisikos bei Investitionsprojekten absichern können oder Kredite vergeben. Eine Task Force mit Mitgliedern aus EIB, Kommission und Mitgliedstaaten wird dem Europäischen Rat im Dezember einen Bericht vorlegen, in dem mögliche Investitionsprojekte genannt sind. Die endgültige Auswahl der Investitionsprojekte soll durch einen noch zu bildenden Investitionsausschuss erfolgen.

Die Task Force hat sich auf Projekte in den wichtigsten wachstumsfördernden Sektoren verständigt: Wissen, Innovation und digitale Wirtschaft, Energieunion, Verkehrsinfrastruktur, soziale Infrastruktur, natürliche Ressourcen und Umwelt. Darunter fallen auch Projekte für Bau und Sanierung öffentlicher Gebäude oder Projekte, die sich auf die Energieeffizienz beziehen.



Den vollständigen Bericht der Task Force finden Sie [hier](#).

Zu den vorgeschlagenen Projekten, deutsche Projekte ab Seite 204ff, siehe [hier](#).

[Website](#) zur EU-Investitionsinitiative.

3.2 MEHR TRANSPARENZ BEI DEN TTIP-VERHANDLUNGEN

Die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz in den Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) vorgeschlagen. Ziel ist es, mehr Informationen über die Verhandlungen mit den USA bereitzustellen.

Vorgesehen ist, die EU-Verhandlungsdokumente zu veröffentlichen, die bisher nur den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament zur Verfügung standen. Zusätzlich sollen weniger Dokumente zu den TTIP-Verhandlungen als „EU restricted“ klassifiziert werden, damit mehr Informationen für EU-Parlamentarier zugänglich sind.

[Hier](#) ist der Text der entsprechenden Kommissionsmitteilung (in Englisch).

3.3 NUTZUNG DER EUROPÄISCHEN STRUKTUR- UND INVESTITIONSFONDS

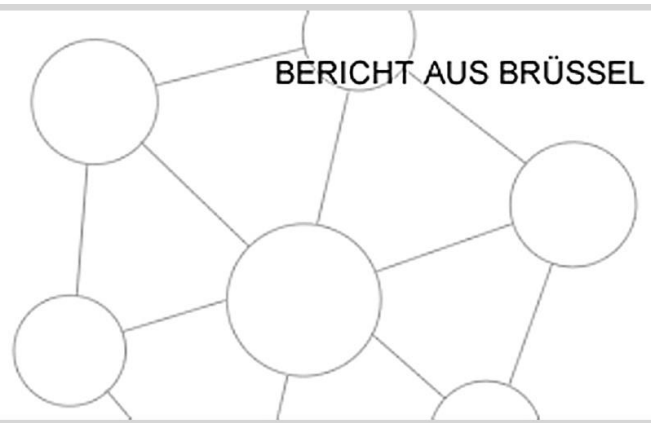
Die Europäische Kommission hat einen Leitfaden für die Nutzung der Struktur- und Investitionsfonds in der neuen Förderperiode vorgelegt. Der Leitfaden erklärt, wie auf diese Fonds zugegriffen und wie diese genutzt werden können. Darüber hinaus informiert er über weitere EU-Programme wie (Horizon 2020, CEF- Connecting Europe Facility, COSME – Competitiveness of Enterprises and Small and Mediumsized Enterprises, LIFE, Create Europe, EaSi - Employment and Social Innovation-programme, Erasmus+ und das EU-Gesundheitsprogramm. Der Leitfaden ist in englischer Sprache verfügbar, weitere Sprachversionen sollen im Jahr 2015 erscheinen.

Sie finden den Leitfaden [hier](#).

3.4 WELTNORMUNGSTAG 2014

Anlässlich des Weltnormungstages im Oktober 2014 hat die Kommission eine Mitteilung zu Normen veröffentlicht. EU-weite Standards seien für Kompatibilität, Interoperabilität, Sicherheit, Qualität von Erzeugnissen und für Dienstleistungen wichtig. Normen seien auch für den Verbraucher von Vorteil, da einheitliche Standards Wettbewerb und Öffnung der Märkte vorantreiben würden und niedrigere Kosten mit sich bringen würden. Gleichzeitig hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet. Hierbei sind Interessengruppen eingeladen, ihre Ansichten über aktuelle Patente und Normen mitzuteilen. Beiträge können bis Ende Januar 2015 abgegeben werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) (in englischer Sprache).



4 UMWELT, ENERGIE, RAUMORDNUNG

4.1 AUSSCHREIBUNGEN ZUM THEMA ENERGIEEFFIZIENZ

Am 12. Dezember veranstaltete die Exekutivagentur für KMU, EASME, einen Informationstag über geplante Ausschreibungen zu den Themen „Energieeffizienz“, die durch das EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 finanziert werden. Es wurde über die einzelnen Programmbereiche, z.B. Energieeffizienz von Gebäuden informiert und Hilfestellung zur Antragsstellung angeboten.

Sie finden weitere Informationen zu den einzelnen Ausschreibungen und Fristen [hier](#).

4.2 KONSULTATION ZUR BAUPRODUKTE-VERORDNUNG (EU) NR 305/2011 (CPR)

Die EU-Kommission, GD Unternehmen (ENTR), führt derzeit eine Konsultation über die Erfahrungen mit der Bauprodukte-Verordnung durch. Sie ist interessiert, einen Überblick über die Erfahrungen mit der Umsetzung der Verordnung zu erhalten, um zu prüfen, ob die Ziele der Verordnung erreicht worden sind und um eventuell weitere Maßnahmen zu beschließen.

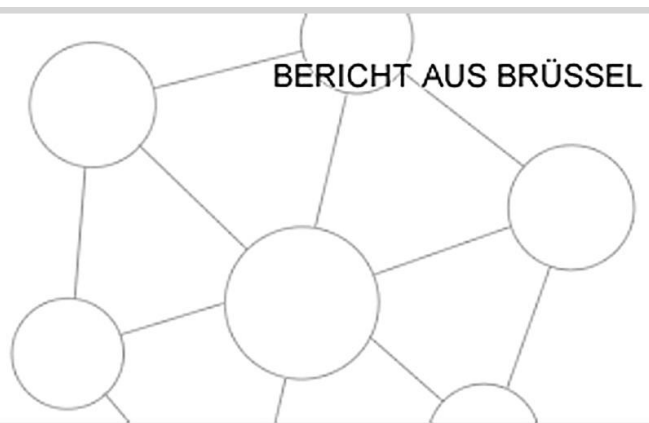
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

4.3 EP URBAN INTERGROUP FÜR NEUE LEGISLATURPERIODE BESTÄTIGT

Am 11. Dezember 2014 wurde die Fortführung der URBAN Intergroup im Europäischen Parlament für die neue Legislaturperiode auf der Konferenz der Präsidenten bestätigt. Es handelt sich um eine interfraktionelle und ausschussübergreifende Arbeitsgruppe des Parlaments, die aktuelle Themen zur städtischen Dimension auf EU-Ebene behandelt. Die BAK ist Teil der über 100 offiziellen Partner lokaler, regionaler und nationaler Institutionen, die der Intergroup ebenfalls angehören.

Den Vorsitz behält weiterhin der polnische EU-Abgeordnete Jan Olbrycht (EVP). Die nächste Sitzung findet am 7. Januar 2015 zum Thema “Städtische Agenda” der EU in Brüssel statt.

Weitere Informationen zur Intergroup finden Sie [hier](#).



5 IN EIGENER SACHE

5.1 BAK-VORSTANDSSITZUNG IN BRÜSSEL: GESPRÄCHE MIT EP UND KOMMISSION

Am 11. November 2014 besuchte der Vorstand der Bundesarchitektenkammer (BAK) das Europäische Parlament. Unter der Schirmherrschaft von MdEP Markus Ferber (EVP) fand dort die vom Brüsseler Büro der Bundesarchitektenkammer organisierte Panel-Diskussion zum Thema „Ausreichende demokratische Beteiligung im Rahmen von den Verhandlungen über ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) und der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission?“ statt.

Präsidentin Barbara Ettinger-Brinckmann und Vizepräsident Prof. Ralf Niebergall stellten die Europapolitischen Positionen des Vorstandes 2014 - 2019 vor und diskutierten die aktuellen Anliegen der Architekten mit den Abgeordneten Ferber und seiner Kollegin der sozialdemokratischen Fraktion, MdEP Evelyne Gebhardt. Das Gespräch wurde durch die Leiterin des Brüsseler Büros der BAK, Daphne Trumpf, moderiert. In der sich anschließenden Diskussion mit den Vorstandsmitgliedern betonten beide Abgeordnete ihre Unterstützung für die Belange der Architekten.

Im Anschluss an die Paneldiskussion wurde der Vorstand der BAK vom Staatssekretär für Europaangelegenheiten des Landes Hessen, Mark Weinmeister und dem Leiter der Hessischen Landesvertretung, Friedrich von Heusinger, in der Landesvertretung empfangen. Botschafter Dr. Guido Peruzzo, stellvertretender Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, sprach als Gast zu den Vorstandsmitgliedern.

Am nächsten Tage fand eine Sitzung des Vorstandes in Brüssel statt. Verschiedene Ansprechpartner der EU-Kommission fanden sich zum Gespräch mit den Mitgliedern des Vorstandes ein und stellten ihre Arbeitsbereiche vor.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) auf der Webseite der BAK.

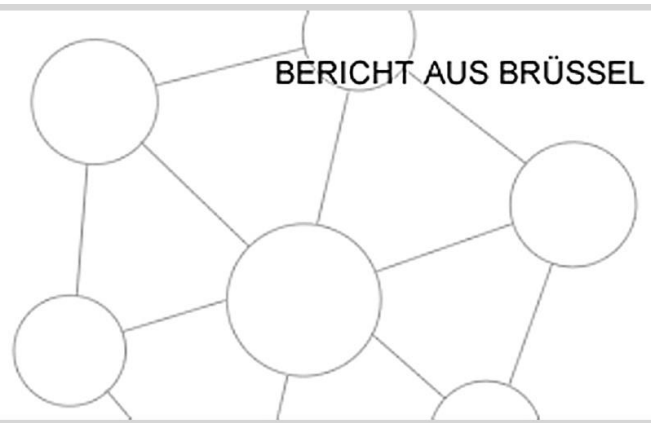
5.2 BAK-GESCHÄFTSSTELLE BRÜSSEL - AKTUELLES

Der Referent für Architektur und Wirtschaft Thomas Karpati, der zuletzt in Elternzeit war, hat seine Kündigung zum Jahresende ausgesprochen und wird nach Deutschland zurückkehren, um wieder als Architekt zu arbeiten. In der Zwischenzeit hat die Referentin für Europa, Brigitta Bartsch ihre Arbeitszeit (50% Stelle) aufgestockt. Über die Nachbesetzung der Stelle wird Anfang des kommenden Jahres entschieden.

Die BAK-Geschäftsstelle in Brüssel wird während der Feiertage in der Zeit vom 24. Dezember 2014 bis einschließlich 2. Januar 2015 nicht besetzt sein. Wir bitten um Ihr Verständnis.



BUNDES
ARCHITEKTEN
KAMMER



6 IMPRESSUM

Die Bundesarchitektenkammer e.V. ist der Zusammenschluss der 16 Architektenkammern der Bundesländer. Sie vertritt die berufspolitischen Interessen ihrer Mitglieder auf nationaler und europäischer Ebene. Der Bericht aus Brüssel ist der zweimonatlich erscheinende Infobrief des Brüsseler Büros der Bundesarchitektenkammer.

Redaktion: Daphne Trumpf (Leitung, Geschäftsführung), Brigitta Bartsch (Referentin Europarecht), Marie-Luise Moltmann (Assistenz).

Büro Brüssel der Bundesarchitektenkammer

Avenue des Nerviens 85, bte 10

1040 Bruxelles

BELGIEN

Tel.: 0032 2 219 77 30, Fax: 0032 2 219 24 94

Mail: info@bruessel.bak.de

[www: bak.de/architekten/europa](http://www.bak.de/architekten/europa)

Für Abmeldewünsche wenden Sie sich bitte an info@bruessel.bak.de.